1 **Mehr Netto! – Vorschläge zur Fortentwicklung des FDP-Steuerkonzeptes**

2
3
4 **1. Mehr Netto! - Die Gerechtigkeitsdebatte führen**

5
6 Deutschland steht am Scheideweg. Deutschland muss sich entscheiden, ob wir für eine
7 sozialistische Staatswirtschaft oder für eine auf Wettbewerb basierende Soziale Markt-
8 wirtschaft streiten.

9
10 Die sozialistische Staatswirtschaft lässt immer weniger Netto vom Brutto übrig, weil der
11 Staat sich in alle Lebensbereiche einmischt, alle Risiken des Lebens übernehmen will
12 und dennoch im Detail versagt. Dieser Staat ist auf Dauer nicht zu finanzieren. Er unter-
13 gräbt die Leistungsbereitschaft der Menschen und gefährdet am Ende unser demokrati-
14 sches Gemeinwesen.

15
16 Die FDP geht den Weg der Sozialen Marktwirtschaft. So wie Ludwig Erhard und andere
17 ihn angelegt haben, wollen wir eine auf Wettbewerb basierende Ordnung, die Eigentum
18 und Vertragsfreiheit schützt.

19
20 Der Steuerstaat muss sich dieser Wirtschaftsordnung unterwerfen. Nur wenn der Steu-
21 erstaat dem Bürger wieder mehr Netto lässt, kann dieser für die Kinderausbildung, für
22 seine Altersvorsorge, für das Pflegerisiko und für die eigene Immobilie ausreichend
23 vorsorgen. Nur wenn der Steuerstaat dem Bürger wieder mehr Netto lässt, hat er die
24 größtmögliche Freiheit bei der Gestaltung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse. Mehr
25 Netto für alle ist daher die Grundvoraussetzung für Leistungsbereitschaft und damit für
26 Fortschritt in Deutschland.

27
28 Diese Gerechtigkeitsdebatte will die FDP in Deutschland führen. Nicht der, der immer
29 mehr Lebensbereiche unter staatliche Zwangsverwaltung stellen will, vertritt eine gerechte
30 Gesellschaft, sondern der, der für eine freie Bürgergesellschaft mit selbstbewussten und
31 eigenverantwortlichen Menschen eintritt. Die Soziale Marktwirtschaft gewährleistet eine
32 gerechte Einkommensverteilung nach dem einzig sinnvollen Maßstab der Leistung.

33
34 Ein liberales Steuersystem muss Leistung fördern.

35
36 Der Steuerstaat verhindert dies, da er Investitionen und Sparvorgänge mehrfach be-
37 steuert und damit den sofortigen Konsum privilegiert. Es kann nur aus versteuertem
38 Geld gespart werden. Und die Erträge aus diesem steuerlich vorbelasteten Kapital wer-
39 den dann nochmals der Steuer unterworfen. Durch die drastische Absenkung der Spar-
40 erfreibeträge wurde dieser Zugriff noch verschärft. Wer heute für seine Zukunftsvorsor-
41 ge auf Konsum verzichtet, wird benachteiligt. Der steuerliche Freiheitsentzug beim vor-
42 sorgenden Sparer fördert zugleich die Abhängigkeit der Normalverdiener vom „vorsor-
43 genden Sozialstaat“.

44
45 Gemeinsam mit dem überwiegend progressiven Steuertarif in der Einkommensteuer ist
46 das Steuerrecht in Deutschland unverständlich, kompliziert und leistungsfeindlich. Das
47 ist ungerecht, weil es zur Steuergestaltung einlädt und die Schwarzarbeit fördert. Am
48 Ende profitieren nur die Findigen davon. Der Steuerstaat ist Nutznießer dieses Steuer-
49 systems. Über die „kalte Progression“ schöpft er unbemerkt mehr und mehr von den
50 Einkünften Aller ab.

51
52 Erst die Vielzahl an Ausnahmeregelungen ermöglicht es Bürgern und Unternehmen, ihre
53 Steuerlast zu reduzieren. Diese „Atemlöcher“ sind jedoch der Willkür des Gesetzgebers
54 unterworfen. Allein im Jahr 2007 wurde das Einkommensteuergesetz 12 Mal verändert.
55 Jeden Monat gibt es ein neues Steuerrecht in Deutschland. Die Reduzierung des Steuer-
56 tarifes und der Abbau von Ausnahmetatbeständen sind zwei Seiten derselben Medaille.

1 Die große Koalition macht jedoch das Gegenteil. Eine Alleinverdiener-Familie mit drei Kindern
2 und einem Einkommen von 40.000 Euro hat gegenüber der Regierung Schröder über 1.400
3 Euro pro Jahr weniger in der Tasche. Ein mittelständischer Einzelhändler muss durch die Hin-
4 zurechnung von Mieten und Pachten bei der Gewerbesteuer auch ohne Gewinn Steuern be-
5 zahlen. Diese kalte Enteignung ist ein Stich ins Herz der Sozialen Marktwirtschaft.

6 7 **2. Mehr Netto! - Ein gerechtes und faires Steuersystem schaffen**

8
9 Gerecht ist ein Steuersystem dann, wenn es Investitionsentscheidungen heute und
10 künftig gleich behandelt. Fair ist ein Steuersystem, wenn es den Konsum des Bürgers
11 von heute und morgen steuerlich gleich belastet.

12
13 Mit dem „Deutschlandprogramm 2005 – Arbeit hat Vorfahrt“ hat die FDP sich für eine
14 Weiterentwicklung ihres Stufenkonzeptes zur Reform der direkten Steuern ausgespro-
15 chen. Dort heißt es: „Langfristiges Ziel ist die Einführung eines einheitlichen Steuersat-
16 zes für alle Einkünfte (Flat Tax). Ein einheitlicher Steuersatz würde eine Vielzahl der
17 heute bestehenden Probleme beim Nebeneinander direkt progressiver Einkommens-
18 teuer und proportionaler Körperschaftsteuer lösen, aber auch den Grundsatz der Be-
19 steuerung nach der Leistungsfähigkeit gewährleisten.“

20
21 Mit dem Drei-Stufen-Tarif in der Einkommensteuer (15, 25 und 35 %), dem Zwei-Stufen-
22 Tarif bei der Körperschaftsteuer (15 und 25 %) und einem Zuschlagsrecht der Kommun-
23 en auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer hat die FDP 2006 einen komplett aus-
24 formulierten Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht, der die progres-
25 sive Wirkung des derzeitigen Steuertarifes erheblich abmildert und ein wichtiger Schritt
26 zu einem einfachen, niedrigen und gerechten Steuersystem ist.

27
28 Jetzt muss das Konzept der FDP weiterentwickelt werden, um eine noch deutlichere
29 Entlastung der Mittelschicht zu erreichen. Das sind die Menschen, die neben der Ein-
30 kommensteuer die volle Last der Sozialversicherungsbeiträge zu tragen haben.

31
32 Bei der Einkommensteuer schlagen wir Steuersätze von 10 %, 20 % und 30 % vor. Der
33 Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer soll auf 10.000 Euro pro Person angehoben
34 werden und künftig auch für Kinder gelten. Zur Ermittlung des zu versteuernden Ein-
35 kommens wird das Jahreseinkommen um die Grundfreibeträge vermindert. Für den
36 Anteil des zu versteuernden Einkommens bis zu 20.000 Euro soll die erste Stufe von
37 10 % Einkommensteuer gelten. Der zweiten Stufe von 20 % Einkommensteuer unterlie-
38 gen Anteile des zu versteuernden Einkommens von über 20.000 € bis 50.000 €. Der
39 dritten Stufe von 30 % Einkommensteuer unterliegen die Anteile des zu versteuernden
40 Einkommens von über 50.000 €.

41
42 Am Ehegattensplitting halten wir fest. Die Förderung von Familien wollen wir dadurch
43 wesentlich verbessern, dass der Grundfreibetrag künftig in voller Höhe auch für Kinder
44 gilt. In diesem Zusammenhang wollen wir auch über eine Erhöhung des Kindergeldes
45 diskutieren. Zusammen mit dem Grundfreibetrag und einer niedrigeren Durchschnitts-
46 besteuern ist dieses Konzept allen anderen Modellen der steuerlichen Förderung von
47 Familien überlegen. Dies gilt auch für die Modelle eines Familiensplittings, die das
48 Steuerrecht noch komplizierter und unverständlicher machen.

49
50 Bei der Körperschaftsteuer schlagen wir einen **Zwei-Stufen-Tarif** mit Steuersätzen von
51 10 % und 20 % vor. Die Körperschaftsteuer wird abschließend auf Unternehmensebene
52 erhoben.

53
54 Den Gedanken des Wettbewerbsföderalismus will die FDP durch ein Zuschlagsrecht
55 der Länder auf den o.a. Zwei-Stufen-Tarif bei der Körperschaftsteuer und den o.a. Drei-
56 Stufen-Tarif bei der Einkommensteuer umsetzen. Der mögliche Zuschlag der Länder
57 (bis zu 5 Prozentpunkte) auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer wird bei der Ver-
58 teilung des Gesamtaufkommens beider Steuern entsprechend berücksichtigt.

1 Die FDP hält an ihrem Konzept fest, die Gewerbesteuer durch ein eigenes Zuschlags-
2 recht der Kommunen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer und durch einen hö-
3 heren Anteil am Umsatzsteueraufkommen zu ersetzen.
4

5 Als steuerliches Sofortprogramm fordert die FDP die umgehende Senkung des Solidari-
6 tätzuschlages auf das Niveau, das für die Finanzierung des Aufbaus Ost noch benötigt
7 wird. Da nur noch 60% des Finanzaufkommens aus dem Solidaritätszuschlag für den
8 Aufbau Ost eingesetzt werden, sollte der Solidaritätszuschlag von 5,5 auf 3,3 Prozent
9 reduziert werden. Damit könnten alle Bürger und Unternehmen in Deutschland schnell
10 und unbürokratisch entlastet werden. Die Höhe des Solidaritätszuschlags sollte in weite-
11 ren Schritten abgesenkt und mit Auslaufen des Aufbau Ost ganz entfallen.
12

13 **3. Mehr Netto! - Einmalbesteuerung zur Förderung der Nachhaltigkeit**

14
15 Gleichzeitig mit der Einführung eines Drei-Stufen-Tarifs für alle Einkunftsarten und eines
16 Zuschlagsrechts der Länder zur Einkommen- und Körperschaftsteuer muss das Steuer-
17 recht auch stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.
18

19 Lediglich die Höhe des nominalen Steuersatzes als Entscheidungskriterium für Investiti-
20 onen von Unternehmen zu Grunde zu legen, greift zu kurz. Dies hat bereits die Unter-
21 nehmensteuerreform der großen Koalition gezeigt. Damit verbessert sich Deutschland
22 in einem europäischen Vergleich der Forschungsstelle "Marktorientiertes Steuersystem"
23 des Alfred-Weber-Instituts der Universität Heidelberg von 18 Ländern zwar auf den 13.
24 Platz (bisher 18. Platz). Wird jedoch die Grenzsteuerbelastung verglichen, ist Deutsch-
25 land mit Platz 16 (bisher Platz 17) immer noch auf einem Abstiegsplatz. Entscheidend
26 ist jedoch gerade die Grenzsteuerbelastung, da jeder Investor sich überlegt, was ihm
27 eine zusätzliche Investition bringt.
28

29 Instrumente zur Förderung der Nachhaltigkeit der Eigenkapitalbildung der Unternehmen
30 und der Altersvorsorge der Bürger sind Zinsbereinigung und Sparbereinigung.
31

32 Belgien hat 2006 die Zinsbereinigung bei der Körperschaftsteuer eingeführt und wurde
33 so nach einer Untersuchung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten
34 Nationen, UNCTAD, zu einem der attraktivsten Investitionsstandorte in Europa.
35

36 Gerade der Mittelstand in Deutschland muss oftmals mit einer Eigenkapitalquote von
37 unter 10 Prozent arbeiten. Das macht ihn anfällig bei Konjunkturschwankungen und
38 gefährdet Arbeitsplätze. Die Eigenkapitalbildung zu fördern und nicht wie bislang ge-
39 genüber der Fremdfinanzierung zu diskriminieren, wäre für Deutschland das beste Mit-
40 telstandsprogramm.
41

42 Die FDP will den Eigenkapitaleinsatz in Unternehmen über die Zinsbereinigung mit dem
43 Fremdkapitaleinsatz steuerlich gleichstellen. Anders als die große Koalition in Berlin
44 wollen wir jedoch nicht den Abzug der Kosten für das Fremdkapital beschränken und
45 damit eine Substanzbesteuerung zu Lasten des Mittelstandes zulassen. Vielmehr wol-
46 len wir Finanzierungsneutralität herstellen und die Eigenkapitalbildung durch den Abzug
47 einer marktüblichen Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals von der Bemessungs-
48 grundlage der Steuern fördern. Die Einführung des steuerlichen Abzugs von Eigenkapi-
49 talzinsen kann in Stufen über mehrere Jahre realisiert oder zwischenzeitlich durch Ein-
50 schränkungen beim Bewertungsrecht (bei Abschreibungen, Rückstellungen u.Ä.) ge-
51 genfinanziert werden. Später sind diese steuerlastneutralen Einschränkungen aufzuhe-
52 ben.
53

54 Der Grundgedanke der Spar- und Zinsbereinigung ist der Schlüssel für eine Entschei-
55 dungsneutralität nicht nur für Unternehmen, sondern auch für den privaten Sparer.
56

57 Das aktuelle Einkommensteuerrecht hat in einigen Bereichen bereits die Sparbereini-
58 gung realisiert. Zu dieser Einsicht hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil
59 zur steuerlichen Behandlung der gesetzlichen Rente beigetragen, aber auch bei der

1 Einführung der so genannten Riester-Rente ist der Gesetzgeber der Einsicht gefolgt,
2 dass Beitragszahlungen in der Gegenwart die Leistungsfähigkeit eines Steuerpflichtigen
3 mindern und erst die Auszahlung der Rente die Leistungsfähigkeit erhöht. Die Beiträge
4 zur gesetzlichen Altersvorsorge werden schrittweise und die Beiträge für die Riester-
5 Rente werden vollständig aus unversteuertem Einkommen bezahlt und erst die ausge-
6 zahlte Rente unterliegt der Einkommensteuer.

7
8 Diese Methode der Einmalbelastung von Einkommen in lebenszeitlicher Sicht muss in
9 Form der Sparvereinbarung bei Sparvorgängen, die eine spätere Rentenleistung zum Ziel
10 haben oder die auf dafür vorgesehenen qualifizierten Konten bei Banken und Versiche-
11 rungen erfolgen, eingeführt werden. Diese Methode ist auch als nachgelagerte Besteue-
12 rung bekannt. Das Sparkapital wird also unversteuert (brutto) angelegt. Erst wenn das
13 Sparkapital und die damit erwirtschafteten Erträge verrentet werden, unterliegen sie der
14 Einkommensbesteuerung. Sparvorgänge, die keine Rentenleistung auslösen, aber auf
15 qualifizierten Konten bei Banken und Versicherungen erfolgen, unterliegen bei der Aus-
16 zahlung einem Abgeltungssteuersatz von 20 %.

17
18 Mit dieser moderaten und unbürokratischen Abgeltungssteuer vermeiden wir das Prob-
19 lem der Einzelveranlagung und schaffen damit auch den rechtstaatlich bedenklichen
20 Kontenabruf für steuerliche Zwecke ab.

21
22 Die Höhe der Einlagen in qualifizierte Konten kann aus fiskalischen Gründen begrenzt
23 werden.

24 25 **4. Mehr Netto! – Bürokratiekosten abbauen**

26
27 Wir müssen in Deutschland aufhören, Bürger und Unternehmen mit immer neuen Ver-
28 komplizierungen des Steuerrechts zu beschäftigen, die keinen gesellschaftlichen Nut-
29 zen stiften. Für einen Unternehmer spielt es keine Rolle, ob er 5.000 € Steuern zahlen
30 muss oder 5.000 € an seinen Steuerberater zahlen muss, um überhaupt seine steuerli-
31 chen Pflichten erfüllen zu können. Damit sind die Vereinfachung des Steuerrechts und
32 der Abbau von Steuerbürokratie die preiswertesten Formen des Abbaus von Steuerbe-
33 lastungen. Das Steuerkonzept der FDP leistet mit seinen klaren Strukturen damit einen
34 dreifachen Beitrag zum Belastungsabbau. Neben der Ersparnis bei Steuerzahlungen
35 resultieren für die Bürger und Unternehmen Einsparungen bei Bürokratiekosten und der
36 Staat spart ebenfalls unnötige Bürokratiekosten ein. So bewirkt der stark erhöhte Frei-
37 betrag für Kinder die Verringerung der heutigen Anlage „Kind“ von drei DIN A 4 Seiten
38 auf etwas eine halbe DIN A 4 Seite.

39
40 Um die Freunde immer neuer bürokratischer Anforderungen in der großen Koalition zu
41 entlarven, wird sich die FDP dafür einsetzen, dass zukünftig im Rahmen von Gesetz-
42 entwürfen die echten Bürokratiekosten ausgewiesen werden. Dazu ist der Ansatz des
43 Normenkontrollrats über die reinen Informationspflichten hinaus zu erweitern und das
44 verwendete „Standardkostenmodell“ zu ergänzen. Gleichzeitig will die FDP die For-
45 schungsbemühungen über Steuerverwaltungskosten verstärkt fördern, um die auch in
46 der Wissenschaft vorhandene Konzentration auf das materielle Steuerrecht zu überwin-
47 den. Im Rahmen dieser Forschung sollte beispielsweise ermittelt werden, wie hoch die
48 Einsparungen wären, wenn von der derzeitigen Form einer bilanziellen Steuergewin-
49 nermittlung zu einer zahlungsorientierten Gewinnermittlung gewechselt würde.

50 51 52 **5. Mehr Netto! - Mitarbeiterbeteiligung fördern**

53
54 Deutschland braucht eine Renaissance der Mitarbeiterbeteiligung. Zur Förderung der
55 Vermögensbildung breiter Schichten der Gesellschaft wollen wir die Mitarbeiterbeteili-
56 gung im Unternehmen mit der Förderung der betrieblichen Altersvorsorge gleichstellen
57 und sie nachgelagert besteuern.

1 Gleichzeitig kann über diesen Weg dem deutschen Mittelstand notwendiges Beteili-
2 gungskapital zur Verfügung gestellt und damit dessen Eigenkapitalbasis verbessert
3 werden.
4

5 **6. Mehr Netto! - Mehr Steuerautonomie als Ziel**

6

7 Wir wollen einen horizontalen und vertikalen Steuerwettbewerb, der in anderen Bundes-
8 staaten zu niedrigeren Staatsquoten und mehr Wachstum geführt hat. Unser Modell
9 eines Zuschlagsrechts auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer für die Länder dient
10 diesem Ziel eines Wettbewerbsföderalismus.
11

12 Wir wollen den Ländern auch mehr Autonomie bei den Steuerarten geben, deren Auf-
13 kommen den Ländern zusteht. Dies betrifft insbesondere die Erbschaft- und Schen-
14 kungsteuer. Hier sollen die Länder das Recht erhalten, auf bundeseinheitlichen gesetz-
15 lichen Bemessungsgrundlagen die Steuersätze zu bestimmen. Sie können auf eine
16 Erhebung dieser Steuern aber auch verzichten.
17

18 Die bisher den Ländern zustehende Kraftfahrzeugsteuer erhält der Bund, die Länder
19 erhalten im Tausch die Versicherungsteuer.
20

21 Im Länderfinanzausgleich wird im Sinne einer echten Autonomie der Länder das Auf-
22 kommen aus Ländersteuern auf der Grundlage bundeseinheitlicher fiktiver Hebesätze
23 ermittelt. Damit wird erreicht, dass die von einem Land beschlossenen Steuererhöhun-
24 gen auch ausschließlich diesem Land zugute kommen und kein Land auf Kosten ande-
25 rer Länder Steuersenkungen beschließen kann.
26

27 **7. Mehr Netto! – Für eine gerechte Umsatzbesteuerung**

28 Die FDP will auch das Umsatzsteuerrecht vereinfachen und fair ausgestalten. Wir wol-
29 len dazu einerseits überkommene Ausnahmetatbestände beseitigen. Andererseits muss
30 die Definition der unter den ermäßigten Mehrwertsteuersatz fallenden Grundbedürfnisse
31 des täglichen Lebens aktualisiert werden, dies gilt insbesondere für den Energiebedarf.
32 Insbesondere im Bereich der Energieversorgung wird eine ökologische Lenkungswir-
33 kung inzwischen über die in den letzten Jahren erheblich erhöhten Energiesteuern so-
34 wie die in jüngster Zeit gestiegenen Rohstoffpreise wirksam über Marktpreise erzielt.
35

36 Die von der FDP im Bundesrat abgelehnte Mehrwertsteuererhöhung hat angesichts
37 dieser Entwicklung die Haushalte nunmehr unverhältnismäßig belastet: Das Zusam-
38 menwirken von Mehrwert-, Strom- und Ökosteuern mit steigenden Rohstoffpreisen führt
39 zu einem der "kalten Progression" im Einkommensteuerrecht vergleichbaren Mecha-
40 nismus: Der Staat verdient an jeder Energiepreiserhöhung noch einmal mit. Die FDP will
41 diesen Doppelzugriff des Staates im Interesse aller Verbraucher aufheben. Auch die
42 Entlastung von Rentnern ist auf diesem Wege ordnungspolitisch besser zu erreichen als
43 mit dem geplanten Eingriff in die Rentenformel, da die Nachhaltigkeit der Sozialversi-
44 cherungssysteme nicht beschädigt würde.
45

46 **8. Mehr Netto! – Steuer- und Transfersystem mit einander verbinden**

47

48 Deutschland braucht ein leistungsgerechtes Steuer-Transfersystem aus einem Guss,
49 Wer mehr verdient, als zur Existenzsicherung notwendig ist, zahlt entsprechend den
50 o.a. Ausführungen Steuern, wer noch nicht so viel eigenes Einkommen erzielt oder gar
51 kein Einkommen hat, erhält zur Existenzsicherung über das Finanzamt ein entspre-
52 chend angepasstes Bürgergeld (eine negative Einkommensteuer). Diese enge Verzahn-
53 ung der sozialen Leistungen mit dem Steuerrecht soll noch verstärkt werden, indem
54 möglichst viele Sozialtransfers mit dem Steuersystem verknüpft und beim Finanzamt
55 gebündelt werden. Das macht die Sache einfach und transparent. Und nur so kann die
56 notwendige Treffsicherheit, Gerechtigkeit und Rechtssicherheit sowie ein erheblicher
57 Bürokratieabbau erreicht werden.
58

1 Im Gegensatz zum gegenwärtigen Arbeitslosengeld II soll das Bürgergeld diejenigen
2 stärker belohnen, die ihren Lebensunterhalt nach Kräften durch eigene Anstrengungen
3 bestreiten. Die Anteile des Erwerbseinkommens, die nicht auf die staatliche Transfer-
4 leistung angerechnet werden, das sind die sogenannten Freibeträge, sollen beim Bür-
5 gergeld deutlich höher sein als beim Arbeitslosengeld II. Die Freibeträge sollen im Ge-
6 gensatz zum Arbeitslosengeld II auch nicht ab einer bestimmten Höhe des Erwerbsein-
7 kommens gekappt werden, damit in jedem Fall sichergestellt ist, dass ein höheres Brut-
8 toeinkommen auch zu einer Zunahme des Nettoeinkommens führt. Vorgeschlagen wird,
9 die ersten 100 Euro Erwerbseinkommen nicht anzurechnen und für das darüber hinaus
10 gehende Erwerbseinkommen folgende Freibeträge vorzusehen (jeweils bezogen auf
11 das Brutto-Erwerbseinkommen):

12- 35 % für das Erwerbseinkommen von 101 bis 600 Euro,.

13- 25 % für das Erwerbseinkommen von 601 bis 1.200 Euro und

14- 15 % für das Erwerbseinkommen über 1.200 Euro.

15
16 Bei allen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, soll sich Mehrarbeit
17 ebenso wie ein höherer Stundenlohn angemessen in der Haushaltskasse niederschla-
18 gen. Auf diese Weise soll den Transferempfängern mit dem Bürgergeld ein stärkerer
19 Anreiz als beim ALG II gegeben werden, nach Mehrarbeit und höherem Stundenlohn zu
20 streben, damit der Sozialtransfer nicht zur Lohnsubvention führt. Auf diese Weise hätten
21 alle Erwerbstätigen ein ihrer Familiensituation entsprechendes Mindesteinkommen, das
22 sie nach eigenen Kräften mit dem durchgehenden Anreiz zu einem höheren Hinzuver-
23 dienst im Sinne eines Kombilohns erhöhen können.

24
25 Die FDP nennt ihr liberales Alternativkonzept zu Hartz IV: „leistungsgerechtes Bürger-
26 geld“. Es finanziert sich erstens durch den Abbau der viel zu hohen Bürokratielasten des
27 gegenwärtigen Transferschungels, der nur den Findigen nützt und nicht den Ehrlichen
28 und Fleißigen, zweitens durch die wirksame Bekämpfung der Schattenwirtschaft und
29 drittens durch ein höheres Sozialprodukt.

30
31 Gleichzeitig soll jenen Bürgergeldempfängern, denen Arbeit angeboten wird, die aber
32 die angebotene Arbeit ohne triftigen Grund ablehnen, die staatlichen Hilfen gekürzt wer-
33 den, und zwar im Wiederholungsfalle sehr deutlich. Auch dadurch würden alle Fleißigen
34 netto deutlich mehr haben als die Leistungsverweigerer.

35
36 Zur liberalen Bürgergeldreform gehören aber auch Verbesserungen beim Schonvermö-
37 gen, also bei dem Teil des Vermögens, der vom verwertbaren Vermögen abzusetzen ist
38 und damit zu keiner Minderung des persönlichen Transferbedarfs führt. Wer sich aus
39 eigenen Mitteln eine die staatliche Rente ergänzende Altersvorsorge aufgebaut hat, soll
40 diese bei Eintritt einer unverschuldeten Notlage nicht in einem Umfang aufzehren müs-
41 sen, wie es heute bei Hartz IV der Fall ist. Bei einem Arbeitslosengeld II-Empfänger sind
42 die von ihm für die Altersvorsorge aufgebauten geldwerten Ansprüchen (z.B. Lebens-
43 versicherungen), lediglich in Höhe von 250 Euro je Lebensjahr geschützt. Die FDP will
44 diesen Mindestvorsorgeschutz verdreifachen. Damit es aber nicht zu ungerechtfertigten
45 Akkumulationen kommt, sollen jeweils die Altersvorsorgebeträge, die nach Bundesrecht
46 gefördert und angespart worden sind (Riester-Rente und Rürup-Rente), auf den Min-
47 destvorsorgeschutz angerechnet werden.